

Antworten auf die Wahlprüfsteine der Volkssolidarität Landesverband Berlin e. V.

Für mehr gesellschaftliche Teilhabe

1. Wie steht Ihre Partei zu dem Ziel der Schaffung eines Berliner Altenhilfestrukturegesetzes? Welche politischen Erwartungen verknüpfen Sie damit? Wie wollen Sie die Bezirke finanziell aufwerten, damit diese Daseinsvorsorge aufgebaut und gelebt wird?

Wir Bündnigrüne wollen, dass Menschen egal welchen Alters selbstbestimmt und in Würde ihr eigenes Leben gestalten können. Menschen sollen so lange wie möglich in ihren Kiezen und ihren vier Wänden leben können. Mit einem zukünftigen Altenhilfestrukturegesetz wollen wir die bisherigen Angebote besser miteinander verzahnen und die Mitbestimmung vor Ort weiter verbessern. Wir denken sozialräumlich und haben in den letzten Jahren die Pflegestützpunkte ausgebaut und mit mehr Ressourcen ausgestattet. Es soll darüber hinaus Möglichkeiten der Evaluation und Kontrolle geben. Nicht immer entspricht das Angebot für ältere Menschen deren Erwartungen. Es muss daher klare Ansprechpartner*innen bei Nachfragen und Beschwerden geben. Gleichzeitig wollen wir Schwerpunkte bei alternativen Wohn- und Pflegeformen in den Kiezen setzen und in Fragen der Interkulturalität besser werden. Berlin ist eine auf Diversität gebaute Stadt. Diese wollen wir auch in der Altenhilfe stärken. Mit der Förderung von Hilfs- und Kontaktangeboten, wie dem „Silbernetz gegen Einsamkeit im Alter“, freiwilligen Besuchsdiensten und der Einführung von präventiven Hausbesuchen wollen wir der Einsamkeit im Alter entgegenwirken - unter der immer mehr ältere Menschen leiden.

2. Welche Voraussetzungen will ihre Partei schaffen, um zu gewährleisten, dass die Berliner Seniorin-nen und Senioren bei der Digitalisierung (z.B. Einführung digitaler Impfausweis, online Terminver-einbarungen) eine gleichberechtigte Chance der Teilhabe am gesellschaftlichen Wandel erhalten? Auf welche Weise wollen Sie die Berliner Verwaltung in diese Aufgabe einbeziehen und darauf ein-stellen? Wie steht ihre Partei zur Beibehaltung anderer Zugangs- und Überbrückungsmöglichkeiten für Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen digitalisierte Angebote nicht nutzen können?

Nachhaltigkeit und Digitalisierung sind für uns zwei zentrale Zukunftsthemen. Wir denken sie zusammen, denn spätestens seit Corona ist allen klar: Digitalisierung macht uns nicht nur innovationsstark, sie kann uns auch pandemiesicherer, krisenfester und ökologischer machen. Senior*innen sind für uns nicht automatisch „altbacken“ oder „digitalisierungsfeindlich“. Viele Menschen im Alter sind im Berufsleben und im Alltag sehr gut vertraut mit dem Internet und mobilen digitalen Angeboten. Wir wollen allen, die weiter mit der Zeit gehen wollen, niedrigschwellige Angebote zum Erwerb und Training digitaler Kompetenzen machen. Denn die Nutzung von digitalen Medien trägt auch dazu bei, den

Kontakt zu Anderen aufrechtzuerhalten und auszubauen. Wer die Vielfalt der Nutzung der digitalen Angebote kennen lernen will, benötigt Unterstützung durch vertrauensvolle Stellen. Wir brauchen daher eine Bildungsoffensive zur digitalen Teilhabe, die auch Altersgruppen jenseits des 75. Lebensjahres einschließt. Einer digitalen Spaltung (digital divide) wollen wir mit aller Kraft entgegenwirken. Dazu gehören für uns auch kostenlose WLAN-Anschlüsse in Pflegeheimen, Pflege-Wohngemeinschaften und in Freizeiteinrichtungen für ältere Menschen. Dort sollen auch Tablets und Smartphones als Leihgeräte zur Verfügung stehen.

Für qualifizierte Kindertagesbetreuung

1. Wie wollen Sie dieser eklatanten Ungleichbehandlung der Beschäftigten bei freien Trägern begegnen?

Wird mit Frage 4 beantwortet.

2. Haben Sie einen Kompromissvorschlag, um diese Benachteiligung der Beschäftigten bei freien Trägern zumindest teilweise auszugleichen?

Wird mit Frage 4 beantwortet.

3. Was halten Sie von bundesweit einheitlichen Standards für gleiche Bildungschancen und Arbeitsbedingungen? Und wie könnte man diese erreichen?

Wird mit Frage 4 beantwortet.

4. Wie soll die pädagogische Qualität in Kitas gewährleistet werden, wenn die Zugangsvoraussetzungen immer weiter gesenkt werden?

Die Fragen 1-4 werden gemeinsam beantwortet: Wie vom Senat auf Betreiben des SPD-Finanzsenators beschlossen, wird die neue Hauptstadtzulage leider nur Beschäftigten im unmittelbaren Landesdienst zugutekommen. Deren Besserstellung finden wir Bündnisgrüne angesichts des Vorhabens der Koalition, Berlins öffentliche Beschäftigte besser zu stellen, richtig, insbesondere mit Blick auf die unteren und mittleren Gehaltsgruppen. Richtig ist aber auch, dass damit in vielen Berufsgruppen und öffentlichen Leistungsbereichen eine Unwucht zulasten derjenigen entsteht, die „mittelbar“ im öffentlichen Auftrag arbeiten: Seien es die Erzieher*innen in Kitas in freier Trägerschaft, die Beschäftigten der Berliner Hochschulen oder die Mitarbeiter*innen der diversen

Landes-Stiftungen. Das ist einer der Gründe, warum wir GRÜNEN der Hauptstadtzulage skeptisch gegenüber stehen.

Das multiprofessionelle Personal in den Kitas leistet Großartiges, und das unter häufig schwierigen Rahmenbedingungen. Wir wissen: Qualität im frühkindlichen Bereich beginnt mit Menschen, die sich für Kinder engagieren und über eine fundierte Ausbildung verfügen. Dabei kommt es in den Kitas immer wieder zu personellen Engpässen, auch durch Krankheit, Urlaub und Fort- und Weiterbildung. In die gesetzliche Personalausstattung werden die Urlaubs- oder durchschnittlichen Krankheitstage nicht ausreichend eingerechnet. Wir fordern deshalb eine bessere Personalausstattung, damit sich die differenziertere Kind-Fachkraft-Relation verbessert und sich die Zeit der pädagogischen Fachkräfte mit den Kindern erhöht. Aber, in Berlin, wie in allen anderen Bundesländern haben wir einen Mangel an pädagogischen Fachkräften. Um diesem Mangel zu begegnen, hat Berlin seit Jahren den Zugang auch für Personen aus anderen Berufsgruppen geöffnet, die dann entsprechend qualifiziert werden. Bei der Berechnung soll sich die Fachkraft-Kind-Relation an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren. Die strukturellen Hilfen, zum Beispiel durch einen verbesserten Leitungsschlüssel, mehr Fachberatung sowie Verwaltungskräfte, wollen wir stützen und nach Möglichkeit verbessern. Auch um alle offenen Stellen tatsächlich besetzen zu können, brauchen wir mehr gut qualifiziertes Personal und um das zu gewinnen, muss der Beruf attraktiver werden.

Deshalb ist es gut, dass es in Tarifverhandlungen gelungen ist, die Bezahlung von Erzieher*innen anzuheben. Wir werden uns darüber hinaus aber weiter für gute Arbeitsbedingungen in den Kitas einsetzen, zum Beispiel indem wir auch die mittelbare pädagogische Arbeit, wie etwa Dokumentation oder Elterngespräche, in der Berechnung des Personalbedarfs erhöhen. Denn nur wenn Erzieher*innen und Kindheitspädagog*innen ausreichend Zeit für ihre Arbeit haben, können sie diese wirklich gut ausführen. Darüber hinaus wollen wir den Quereinstieg in den Beruf der Erzieher*in weiter fördern. Quereinsteiger*innen leisten schon jetzt in Kitas einen essentiellen Beitrag und bereichern mit ihren vielfältigen Perspektiven den Kitaalltag. Doch wer als Quereinsteiger*in in die Kita kommt, braucht selbst noch Anleitung und Unterstützung. Deshalb muss dem übrigen pädagogischen Personal in den Kitas hierfür Zeit zur Verfügung gestellt werden: Die Ausbildung von Quereinsteiger*innen muss sich in der Berechnung der Personalstunden entsprechend niederschlagen. Auch wollen wir qualifizierte ausländische Abschlüsse leichter und schneller anerkennen.

Eine gute Ausbildung und die Möglichkeit, sich immer weiter fortzubilden, sind Voraussetzungen für eine hohe Qualität in den Kitas. Wir haben in den vergangenen Jahren die Ausbildungskapazitäten an den Fachschulen für Sozialpädagogik mehr als verdoppelt und das Schulgeld abgeschafft. Wir wollen aber noch einen Schritt weiter gehen und die vollschulische Ausbildung endlich so verbessern, dass die Studierenden an den Fachschulen eine nicht rückzahlbare Ausbildungsförderung erhalten können. Um die Fachschulen weiter zu verbessern, wollen wir mit ihnen Qualitätsstandards vereinbaren und dabei die Vernetzung von Praxis und Theorie stärken. Um Perspektiven für ein ganzes

Berufsleben zu schaffen, wollen wir die Ausbildung als Einstieg in einen Prozess des lebenslangen Lernens gestalten: Wir wollen Erzieher*innen deshalb dabei unterstützen, sowohl pädagogische Zusatzqualifikationen zu erlangen als auch Weiterbildungen zu betriebswirtschaftlichen Themen oder zur Mitarbeiter*innenführung zu belegen, denn nur mit diesen Qualifikationen können wir auch den steigenden Bedarf an gut ausgebildeten Kitaleitungen decken.

Die Weiterentwicklung von Qualität in der frühkindlichen Bildung ist eine Daueraufgabe – es geht um Vernetzung, voneinander im Alltag zu lernen, um neue Konzepte, Monitoring und mehr Elternzusammenarbeit sowie deren Empowerment. Dafür wollen wir zusätzliche Mittel für das Berliner Kita-Institut für Qualitätsentwicklung (BeKi) zur Verfügung stellen. Auch das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) wollen wir besser ausstatten. Ziel ist dabei auch, pädagogische Konzepte weiterzuentwickeln, zum Beispiel beim Spracherwerb, bei der ökologischen Ausrichtung oder dem Einsatz von digitalen Medien in der frühkindlichen Bildung.

Für kieznahe soziale Arbeiten

1. Welche Schritte unternehmen Sie, um soziale Projekte und Angebote mit Zuwendungsförderungen, wie Stadtteilzentren, Beratungsstellen der Suchthilfe, Selbsthilfe und der psychosozialen Angebote in den Stadtteilen und Kiezen Berlins vor Verdrängung aus dem umkämpften Wohnungsmarkt durch Kündigungen und Mietpreissteigerungen zu schützen?

Unsere Kieze und ihre Bewohner*innen leben von der bunten Mischung aus Kleingewerbe, Betrieben, Kitas, sozialen sowie kulturellen oder nicht-kommerziellen Projekten. Wir brauchen deshalb auf Bundesebene eine Reform des Gewerbemietrechts, das es den Kommunen bzw. Ländern ermöglicht, Räume für soziale Projekte, Anlauf- und Beratungsstellen, aber auch für Bildungseinrichtungen zu schützen, etwa durch die Ausweitung des Milieuschutzes auf gewerbliche Räume. Wir drängen außerdem auf Bundesebene darauf, einen rechtlich bindenden Gewerbemietpiegel und einen wirksamen Kündigungsschutz für Gewerbemietler*innen einzuführen. Ebenso setzen wir uns für eine Gewerbemietpreisbremse ein und werden prüfen, inwieweit auch diese von der Landesebene gedeckelt werden können. Die landeseigenen Wohnungsunternehmen sollen Gewerberäume kostengünstig anbieten, um vor Ort insbesondere auch sozialen Trägern Räume anzubieten, die darauf besonders angewiesen sind. Dies ist in den letzten Jahren teils gelungen, muss aber noch ausgebaut werden. Um längerfristige und günstigere Mietkonditionen für soziale Träger und Projekte zu erreichen, wollen wir weiterhin ein Generalmietermodell entwickeln, über das durch das Land Berlin Flächen angemietet bzw. angekauft werden, die dann für soziale Infrastruktur weitervermietet werden sollen. Es werden aber auch neue Flächen benötigt. Hier prüfen wir inwiefern man bei der Erteilung von Baurecht Private noch mehr verpflichten kann, hier einen Beitrag zu leisten, damit soziale Infrastruktur entsteht. Wir stehen weiterhin dazu, dass öffentliche

Liegenschaften nicht mehr verkauft und stattdessen auch Gewerbeimmobilien sukzessive angekauft und weiterentwickelt werden. Diesen Weg des Flächenankaufs wollen wir ausbauen und dafür eintreten, dass Gewerbeflächen nicht in Wohnflächen umgewandelt werden. Auch die Entwicklung von neuen landeseigenen Gewerbehöfen gehört dazu. Dort wo möglich, unterstützen wir die Sicherung von Flächen über die Bauleitplanung. Hierzu müssen auch entsprechende finanzielle Mittel bereitgestellt werden, damit Planungen in den Bezirken auch vorgenommen und umgesetzt werden können. Zumeist reagiert die Verwaltung, wir müssen sie aber in die Lage versetzen, zu agieren. Bei Neubauvorhaben muss die soziale Infrastruktur und Räume für diese mit geplant und mit errichtet werden. Ein weiterer Baustein kann auch die Aufstellung und Aktualisierung der teils bereits bestehenden Gewerbeflächensicherungs- und Entwicklungskonzepte sein, insbesondere hinsichtlich der sozialen Infrastruktur. Wichtig ist hierbei, eine Verbindlichkeit zu erreichen. Außerdem wollen wir in Zukunft alle Träger vorrangig bei der Suche nach Flächen und Räumen unterstützen, unter anderem mit der Ausweitung von langfristigen Erbbaurechtsverträgen mit kostengünstigen und sozialen Erbbaurechtszinsen und einem Neubauinvestitionsprogramm. Beim Flächenmanagement in der Stadt werden wir auf Multifunktionalität, Mischnutzungen und die Erschließung von Flächen setzen, die Bildung, Jugend, Soziales und Kultur möglichst an einem Standort vereinen, denn die Raumnot hat alle Bereiche erfasst, aber gerade die soziale Infrastruktur muss ausgeweitet werden.

2. In welcher Form gedenkt Ihre Partei bei der Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Mädchen die Prävention auszubauen, insbesondere auch die Arbeit mit den Tätern?

Wir wollen ein Berlin schaffen, in dem Frauen, trans, inter und nicht-binäre Personen nicht mehr von physischer, psychischer und digitaler Gewalt betroffen sind. Dabei sind die Vorgaben der Istanbul-Konvention für uns maßgeblich. Um das Ausmaß des Problems zu verdeutlichen, wollen wir die Kategorie „geschlechtsbezogene Gewalt“ in die Polizeikriminalstatistik aufnehmen. Mit einer regelmäßig berichtenden Monitoring-Stelle, wie in der Istanbul-Konvention festgelegt, wollen wir Gewalt gegen Frauen, insbesondere Femizide, in Berlin erfassen, untersuchen und mit den Ergebnissen die bereits existierende Präventionsarbeit stärken sowie langfristige Maßnahmen gegen misogynen Gewalt entwickeln. Präventive Arbeit mit Täter*innen ist für uns dabei ein wichtiger Baustein.

Wir sind sehr froh, dass wir das achte Berliner Frauenhaus eröffnen konnten. Die Schutzplätze reichen jedoch nicht aus, darum fordern wir ein neuntes Frauenhaus. Es sollte spätestens im Jahr 2022 eröffnet werden. Auch die Beratung von Betroffenen haben wir ausgebaut. Jetzt wollen wir zusätzlich besonders vulnerable Gruppen, wie zum Beispiel Geflüchtete, Wohnungs- und Obdachlose, und andere (mehrfach) marginalisierte Frauen und nicht-binäre Personen gezielt unterstützen. Die Unterstützung bei der Findung und Finanzierung von Räumlichkeiten für soziale Träger wollen wir als öffentliche Aufgabe definieren und strukturell verankern. Gleichzeitig arbeiten wir daran, die Bandbreite von

niedrigschwelligen mehrsprachigen, analogen und digitalen Beratungsangeboten, Frauenhäusern und Zufluchtwohnungen stetig auszuweiten. Die vertrauliche Spurensicherung und Dokumentation nach Misshandlung und sexualisierter Gewalt wollen wir in allen Bezirken etablieren.

Für gute Eingliederungshilfe

1. Wie wollen Sie die Arbeit in der Eingliederungshilfe, also die Arbeit mit Menschen mit körperlichen und/oder geistigen Einschränkungen, mit einem Budget ausstatten, um diese Mehr- oder Sonderkosten zu decken oder diese refinanzieren zu können?

Wir haben mit dem neuen BTHG den Paradigmenwechsel hin zu mehr Inklusion und Teilhabe geschafft. Menschen mit Behinderung sind die Taktgeber*innen der Hilfen. Wir unterstützen die Umsetzung in Berlin mit aller Kraft, gleichzeitig kämpfen wir jedoch für weitere Verbesserungen auf der Bundesebene.

Mit dem BlnTG (Berliner Teilhabegesetz) haben wir an einigen Stellen nachsteuern können. Mit den neuen „Häusern der Teilhabe“ und dem starken Einbezug des Sozialraumes gehen wir neue Wege. Unser Anspruch alle mitzunehmen und einzubeziehen findet sich auch im neuen Gesetz wieder. Beratung, Unterstützung und Begleitung rund um das Thema Teilhaben sollen aus einer Hand stattfinden. Bereits die Erarbeitung des Gesetzes fand mit den Verbänden und den Menschen mit Behinderung statt. Gemeinsam gehen wir den Weg hin zur mehr Multiprofessionalität und Personenzentrierung und weg vom starren Verwaltungshandeln.

Die Umsetzung hakt leider noch an einigen Stellen, die Corona-Pandemie hat uns hier leider zurückgeworfen. Als Bündnisgrüne wollen wir den eingeschlagenen Weg aber weiter vorangehen. Bei der Umsetzung werden wir darauf achten, dass die Bedarfsermittlung, wie durch das „Teilhabeinstrument Berlin“ (TIB) vorgesehen, neben Gesundheitsaspekten auch den Lebenskontext von Menschen berücksichtigt. Dabei stellen wir sicher, dass in allen „Häusern der Teilhabe“ und auch in den Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) aller Bezirke eine Beratung zu allen Rechtskreisen erfolgen kann sowie alle erforderlichen Anträge an einem Ort zur Verfügung stehen.

Inklusion ist für uns eine Grundfeste. Dazu gehört neben den Teilhabeleistungen auch der Zugang zu einem inklusiven Gesundheitssystem und zur inklusiven Bildung. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen mit und ohne körperlichen, psychischen oder kognitiven Behinderungen gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben, ohne auf Barrieren zu stoßen.

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass auch die freien Träger der Eingliederungshilfe ihre Fachkräfte besser entlohnen können, um die Arbeit von Fachkräften bei einem festen Arbeitgeber attraktiver zu machen? Werden Sie für diesen systemrelevanten Bereich ein deutlich und dauerhaft größeres Budget vorsehen? Wie wollen Sie Quereinstiege und Möglichkeiten zur Aufnahme einer Fachkraft-ausbildung erleichtern, damit wieder mehr Fachkräfte auf dem Markt zu haben sind?

Die sogenannten SAGE Berufe bilden für uns das Rückgrat unserer Gesellschaft. Es ist daher dringend nötig, den Sozialarbeiter*innen und anderem Fachpersonal sowohl eine langfristige Perspektive zu bieten als auch ihre Arbeit besser zu entlohnen. Wir wollen ihnen damit die Anerkennung bieten, die ihrer anspruchsvollen Arbeit entspricht. Dass Sozialarbeiter*innen wie Erzieher*innen nach den Tarifverhandlungen der Länder in Berlin mehr Geld bekommen, ist folgerichtig. Die Tatsache, dass viele Einrichtungen nur projektfinanziert sind, stellt viele der hier Angestellten immer wieder vor Herausforderungen: Wer im Dezember oder gar im Januar noch nicht weiß, ob er oder sie weiterhin eine Arbeit hat, kann sich kaum auf die Probleme und Perspektiven der Menschen konzentrieren.

Darüber hinaus wollen wir den Quereinstieg in den Beruf der Erzieher*innen und Pädagog*innen weiter fördern – Quereinsteiger*innen leisten schon jetzt in den Einrichtungen, Kitas und Schulen einen essentiellen Beitrag und bereichern mit ihren vielfältigen Perspektiven den Alltag. Die Ausbildung von Quereinsteiger*innen muss sich in der Berechnung der Personalstunden der einarbeitenden Kolleg*innen entsprechend niederschlagen. Auch wollen wir qualifizierte ausländische Abschlüsse leichter und schneller anerkennen.

Um Perspektiven für ein ganzes Berufsleben zu schaffen, wollen wir die Ausbildung als Einstieg in einen Prozess des lebenslangen Lernens gestalten. Die Durchlässigkeit zwischen den Hochschultypen für angewandte Wissenschaften und Universitäten wollen wir ausbauen, egal ob in öffentlicher, kirchlicher oder privater Trägerschaft. Die damit einhergehende Flexibilität wollen wir nutzen, um ein für alle Biografien offenes, transparentes und durchlässiges Studium zu gestalten

Für sichere Pflege

1. Wie wollen Sie den Beruf konkret so anerkennen und aufwerten, dass mehr Menschen sich dafür entscheiden?

Ein wichtiger Schritt ist eine gerechte, auskömmliche Bezahlung, die im Job selbstverständlich sein muss und schon in der Ausbildung, bei Pflegepraktika oder auch bei Praktika im Pflegestudium erfolgen muss. Wir wollen auch die Akademisierung der

Pflege- und Therapieberufe voranbringen und mehr Studienangebote im Bereich der Gesundheitsberufe schaffen.

Wir wollen verbindliche Personalschlüssel statt Personaluntergrenzen, Mobilitätsangebote, gerade für Nachtschichten und Beschwerdestellen, um Verstöße gegen den Arbeitsschutz zu melden. Wir unterstützen die Selbstverwaltung der Pflegekräfte. Eine Pflegekammer kann dafür einen Beitrag leisten, wenn sie mehrheitlich von den Berliner Pflegenden unterstützt wird. Wir fordern mehr Plätze für Teilzeitausbildungen und berufsbegleitende Ausbildungen. Auch die Ausbildung zur Pflegeassistenz muss vergütet werden. Die Ausbildung zur Pflegeassistenz wollen wir auf Bundesebene regeln und bis dahin schon in Berlin besser, generalistisch und über einen längeren Zeitraum ausbilden. Im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse von Pflege- und Gesundheitsberufen, ob innerhalb oder außerhalb der EU erworben, sollen leichter anerkannt werden. Gerade in der ambulanten Versorgung müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Es muss sichergestellt sein, dass die Verbesserungen in allen Bereichen der professionellen Pflege ankommen. Viele ausgebildete Kräfte arbeiten nicht mehr in ihrem Beruf – mithilfe von besseren Arbeitsbedingungen und einer besseren Entlohnung von Beschäftigten in der ambulanten Pflege wollen wir sie zurückgewinnen und zugleich neue hinzugewinnen. Des Weiteren setzen wir uns auch auf Bundesebene für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr eigenverantwortliche Arbeit von Fachkräften und die Einführung der 35-Stunden-Woche in der Pflege ein, um so die Arbeitsbedingungen zu schaffen, unter denen mehr Menschen gerne in der Pflege arbeiten wollen. Auch wollen wir auf Bundesebene die Ausnahmen im Arbeitszeitgesetz für den Gesundheitsbereich beschränken, um Überlastung zu verhindern.

Ein besonderes Anliegen ist uns, die Digitalisierung der Gesundheitsversorgung und der Pflege voranzubringen. Damit soll die Qualität der Behandlung gesteigert werden und vor allem die Kommunikation zwischen den Fachärzt*innen und der angeschlossenen Pflege vereinfacht werden. Gleichzeitig wollen wir die Pflegeeinrichtungen mit digitalen Endgeräten ausstatten.

2. Wann und wie wollen Sie Arbeitnehmerinnenüberlassung nicht nur in der Fleischindustrie, sondern auch in der gesamten Pflege in Berlin wirksam unterbinden oder zumindest erschweren?

Die professionelle Pflege leistet einen unschätzbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Damit eine qualitativ hochwertige Pflege stattfinden kann, benötigen Pflegekräfte mehr Zeit für die von ihnen zu versorgenden Menschen und zugleich bedarf es einer eingespielten Routine, verbunden mit der Kenntnis über die Abläufe im pflegerischen Alltag. Aus diesem Grund ist für uns GRÜNE die Bundesratsinitiative zur Begrenzung von Leiharbeit in der Pflege eine notwendige Symptombekämpfung, welche wir als Koalitionspartner mitgetragen haben. Jedoch steht für uns Bündnisgrüne fest, dass einzig

ein nachhaltiges Wachstum der professionellen Pflege eine praktikable Lösung darstellt. Dies geht nur mit besseren Arbeitsbedingungen.

Für nachhaltige Integration

1. Welche Maßnahmen wollen sie ergreifen, um die frühzeitige Integration u.a. durch Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Flucht- und Migrationserfahrung zu fördern? Wie wollen sie herkunftsbedingte soziale Nachteile kompensieren? Was ist ihr Vorgehen um das Bildungssystem, insbesondere die frühe Bildung zu stärken und die Benachteiligten zu fördern? Welche Brücken baut ihre Partei, um benachteiligten Kindern eine Chance auf Bildung und sozialen Aufstieg zu gewähren?

Geflüchteten Kindern wollen wir die besten Chancen bieten. Dazu brauchen wir mehr Kitaplätze, damit jedes Kind in Wohnortnähe eine Kita besuchen kann. Nur so können alle Kinder gut gefördert werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, Willkommensklassen gut auszustatten und hier eine sozial- und traumapädagogische Begleitung zu ermöglichen.

Kinder für die Gesellschaft stark machen beginnt mit Sprachförderung – sowohl in Deutsch als auch in den jeweiligen Muttersprachen. Bewährte Modelle wie die „Sprachkitas“ und die vielen bilingualen Kitas in Berlin wollen wir ausbauen und mit dem „Zentrum für Sprachbildung“ sowie Expert*innen für die Förderung der verschiedenen Herkunftssprachen systematisch die Ausweitung der Sprachförderung und Mehrsprachigkeit in allen Kitas angehen. Darüber hinaus müssen die Sprachstandserhebungen nachhaltiger gestaltet werden, so dass die Förderung bei den Kindern, die sie brauchen, auch wirklich ankommt.

Wir brauchen darüber hinaus Lehrkräfte für Arabisch, Türkisch, Polnisch und weitere Sprachen, damit Schüler*innen auch ihre Herkunftssprachen als zweite und dritte Fremdsprache wählen können. Wir werden den Einstieg von Quereinsteiger*innen und geflüchteten Lehrkräften erleichtern, indem wir den Schuldienst auch für Lehrkräfte mit nur einem Unterrichtsfach öffnen. Wir unterstützen den Vorschlag zur Einrichtung eines Berliner Landesinstitutes, in dem die zweite Phase der Lehrerbildung sowie die Fort- und Weiterbildung zusammengefasst wird.

Viele Kinder in Berlin wachsen bereits mehrsprachig auf und verfügen damit über eine wichtige Ressource, die es zu fördern gilt. Mehrsprachigkeit ist eine Qualifikation – das wollen wir deutlicher anerkennen und Unterricht unter staatlicher Aufsicht in möglichst vielen Familiensprachen bedarfsgerecht und ergänzt durch ein digitales Angebot ausbauen. Hierzu ist es nötig, dass die Schulen und die Bildungsverwaltung die konkreten Familiensprachen und den jeweiligen Sprachstand der Schüler*innen erfassen und als notenrelevante Fremdsprachen etablieren. Das diskriminierende Merkmal „nichtdeutsche Herkunftssprache“ werden wir nicht mehr für Einzelschulen veröffentlichen. Damit

Schüler*innen Vielfalt und Unterschiedlichkeit positiv erleben, braucht es Vorbilder. Deshalb wollen wir den Lehrkörper diverser aufstellen und deutlich mehr Schwarze Lehrkräfte, Lehrkräfte of Color (BPoC), Lehrkräfte mit Behinderung sowie Lehrkräfte, deren Familiensprache eine andere als Deutsch ist, gewinnen und fördern. In der Lehrerbildung müssen Deutsch als Zweitsprache sowie weitere Sprachen, zum Beispiel Türkisch, als Studienfächer etabliert werden. Wir setzen die Urteile des Bundesverfassungsgerichts um und sind von der Prämisse der Antidiskriminierung geleitet. Daher kann das Neutralitätsgesetz so keinen Bestand haben. Den Diskriminierungsschutz von Berliner Schüler*innen werden wir systematisch ausbauen und die Institution „Schule“ diskriminierungskritisch weiterentwickeln. Hierfür werden wir verbindliche und niedrigschwellige Beschwerde- und Interventionsstrukturen etablieren, die Schüler*innen und Eltern auch über ihre Rechte nach dem Landesantidiskriminierungsgesetz aufklären und Sanktionen einleiten können. Wir wollen eine unabhängige Beschwerdestelle für den Bildungsbereich einrichten, jeder Berliner Schule eine diskriminierungskritische Organisationsentwicklung ermöglichen, verbindliche Fort- und Weiterbildungen für pädagogisches Schulpersonal und Sozialarbeiter*innen anbieten. Wegen der besonderen Verantwortung wollen wir Leitungspersonal mit besonderer Priorität schulen.